

Kommunal, kurz & knapp: Finale im Verkehrsausschuss

von G. Watzlawek, 03.09.2025



So soll die Altenberger-Dom-Straße künftig aussehen.
Visualisierung: Stadt GL

In der letzten Sitzung vor der Kommunalwahl haben die Mitglieder des Ausschusses für Mobilität und Verkehr noch einmal alles gegeben. Für Fahrradstraßen und für Parkplätze, für und gegen die Umgestaltung der Altenberger-Dom-Straße. Noch einmal setzten sich SPD und Grüne mit Hilfe der FWG durch. Doch trotz einiger Anleihen aus dem Wahlkampf gab es auch ein paar einstimmige Beschlüsse.

Zu Beginn der Sitzung verabschiedete sich der Ausschussvorsitzende Josef Cramer (Grüne), der bei der Neuwahl des Stadtrats am 14. September nicht mehr antritt. Er bedankte sich bei Verwaltung und Ausschuss für die gute Zusammenarbeit – und freute sich besonders darüber, dass alle Beschlüsse zum Ausbau der S 11 im Ausschuss im Konsens gefallen sei. Was man allerdings nicht bei allen Themen behaupten kann.

Knappe, aber klare Mehrheit für Altenberger-Dom-Straße

Die Umgestaltung der Altenberger-Dom-Straße hat den Ausschuss für Mobilität und Verkehr (AMV) die gesamte Legislaturperiode begleitet, hier waren erste Entwürfe diskutiert und verworfen, Bürgerbeteiligungen ausgewertet und Varianten diskutiert worden. Immer mit einer klaren Positionierung: Verwaltung, Grüne und SPD wollen eine grundsätzliche Umgestaltung mit Verbesserungen für den Rad- und Fußverkehr, die CDU stemmt sich dagegen – aus Sorge um die Parkplätze und um den Einzelhandel.

An diesem Dienstag lag die finale Entwurfsplanung für den zentralen Abschnitt zwischen Kempener und Leverkusener Straße zur Entscheidung auf dem Tisch. Für die Verwaltung, für SPD, Grüne und auch FWG ein wichtiger Meilenstein vor der Kommunalwahl – und einer möglichen Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat und im Ausschuss.

Die CDU hatte einen letzten Versuch gestartet, den Beschluss noch zu verhindern – per Vertagung. Dazu griff sie ein Beschwerde bei der Kommunalaufsicht auf, die laut CDU von einem Bürger eingereicht worden war. Wie dieser Beschwerdeführer geht die CDU davon aus, dass die Veränderungen der Straße so weitreichend sind, dass ein formales Planfeststellungsverfahren erforderlich gewesen wäre. Was die Stadtverwaltung nicht durchgeführt hatte, und bislang auch nie Thema war.

In aller Eile hatte das Rechtsamt der Stadt eine Stellungnahme erarbeitet, trug der zuständige Beigeordnete Ragnar Migenda im Ausschuss vor. Er greife der Entscheidung der Kommunalaufsicht beim Kreis zwar nicht vor – aber die Beschwerde der CDU habe keine Aussicht auf Erfolg.

Eine weitere Verzögerung, so Migenda, könne zudem die finanzielle Förderung durch das Land gefährden. Einen Verweis auf den laufenden Wahlkampf kann sich der Beigeordnete nicht verkneifen: Wer so vehement fordere, ins Machen zu kommen, sollte der Verwaltung nicht immer wieder Knüppel zwischen die Beine werfen. Auch nicht, wenn es darum gehe, das „Primat für das Auto“ zugunsten des Rad- und Fußverkehrs aufzuweichen.

SPD und Grüne bemängelten zwar ein paar Details, wo ihnen das Konzept nicht weit genug gehe, stellten sich aber klar hinter den Beschluss als guten Kompromiss. Auch die FWG pflichtete ihnen bei.

Für die CDU hielt Lutz Schade dagegen. Es sei die schlechteste Lösung, wenn jetzt auf einer rechtlich unsicheren Basis etwas beschlossen werde, was später zurückgenommen werden müssen. So eine wichtige Entscheidung dürfe man nicht auf den letzten Metern vor der Wahl treffen.

Für den Vertagungsantrag der CDU kann sie nur die FDP gewinnen. Für den Beschluss in der Sache, also für die Entwurfsplanung, stimmt mit Grünen, SPD, FWG und AfD eine deutliche Mehrheit. Damit kann die Verwaltung die Ausschreibung des Umbaus vorbereiten.

<https://in-gl.de/2025/09/03/kommunal-kurz-knapp-finale-im-verkehrsausschuss/>

Entscheidung

Straße in Schildgen wird umgebaut

Von Claus Boelen-Theile, 04.09.2025



Die Einladung zum Bürgerdialog mit den Planern die Stadt nahmen stets viele Schildgener an
Copyright: Anton Luhr

Eine politische Mehrheit hat den Maßnahmenbeschluss zum Umbau der Altenberger-Dom-Straße in Bergisch Gladbach-Schildgen getroffen

Die Würfel sind nach über drei Jahren intensiver Debatte gefallen: Im Mobilitätsausschuss am Dienstagabend hat eine politische Mehrheit für den vieldiskutierten Umbau der Altenberger-Dom-Straße im Abschnitt zwischen Kempener und Leverkusener Straße gestimmt. CDU und FDP stimmten beim Maßnahmenbeschluss mit Nein, was für eine Ablehnung nicht ausreichte.

Grüne, SPD, FWG und AfD folgten geschlossen dem von der Stadt vorgestellten Projekt. 3,3 Millionen Euro sind für den Umbau vorgesehen. Als Baubeginn plant die Stadt das Jahr 2028. Gehofft wird auf eine Förderquote von 70 Prozent.

Die Straße wird im entsprechenden Abschnitt nicht nur saniert. Radfahrer und Fußgänger erhalten mehr Platz, Autofahrer weniger. Parkplätze werden reduziert, die Kreuzungs- und Vorfahrtssituationen verändert.

Autos in neuer Rolle

Der Vorrang des Autos ende mit den Veränderungen, führte der Erste Beigeordnete Ragnar Migenda (Grüne) aus, er sprach vom bisherigen „Primat“ des Autos. Mit der Entscheidung im Ausschuss ist anderthalb Wochen vor der Kommunalwahl eines der am heftigsten diskutierten Verkehrsprojekte der vergangenen Jahre planerisch abgeschlossen. Für zwei weitere Bauabschnitte steht ein Maßnahmenbeschluss noch aus.

Juristisch hat das Votum der Politiker jedoch ein Nachspiel, mit offenem Ausgang. Bereits am Mittwoch sind die Dokumente zur Straßenumgestaltung an den Rheinisch-Bergischen Kreis und an die Bezirksregierung zur rechtlichen Prüfung gegangen.

Beschwerde eingereicht

Hintergrund: Die CDU-Fraktion hatte kurzfristig eine Fachaufsichtsbeschwerde an die Oberbehörden eingereicht. Ein Planfeststellungsverfahren, deutlich umfassender als die Planungen der Stadtverwaltung, müsse aufgrund des umfassenden Straßenumbaus aufgesetzt werden, führten Lutz Schade und Harald Henkel für die CDU-Fraktion aus. Auch die IG Schildgen, Zusammenschluss der Händlerschaft, hatte sich vor ein paar Tagen ähnlich positioniert.

Die CDU wollte mit einem zusätzlichen Vertagungsantrag die Abstimmung in letzter Minute stoppen, aber wieder folgte nur die FDP. Bei einer Vertagung wäre die Entscheidung in ein neues Gremium übergegangen, mit einer nach der Kommunalwahl veränderten Zusammensetzung .

„Ich habe bislang überhaupt keine Signale für ein Planfeststellungsverfahren erhalten“, entgegnete Gladbachs Erster Beigeordnete. Aus seiner langjährigen Berufserfahrung sehe er auch keinen Anlass, bei diesem Straßenprojekt in die Planfeststellung zu gehen.

Nicht erforderliches Verfahren

Das Rechtsamt der Stadt habe ebenfalls die Dinge beleuchtet und sei zum gleichen Ergebnis gekommen: Es sei kein Planfeststellungsverfahren erforderlich. Gleichwohl, räumte Migenda auf CDU-Nachfrage ein, müsse man die Antwort der Oberbehörden abwarten. Er könne vorab das Ergebnis der Prüfung nicht wissen und maße sich auch nicht an, eine Vorfestlegung zu treffen.

Dass sich die Stadt bereits um Fördergelder bemühe, lasse aber aus seiner Sicht die Interpretation zu, dass das Land von einer Umsetzung der Maßnahme ausgehe. Ansonsten wäre ihm gegenüber das Stichwort von der Planfeststellung bereits gefallen. Zusätzlich zur Umbau-Mehrheit setzte die Freie Wählergemeinschaft durch, dass drei kleine bauliche Veränderungen im Projekt geprüft werden.

Viele Analysen

„Wir haben das Vorhaben von allen Seiten beleuchtet“, sagte Migenda, die Altenberger-Dom-Straße müsse notwendigerweise auf den neusten baulichen Stand gebracht werden. Für Radfahrende und Fußgänger werde es nach dem Umbau deutlich sicherer, die Veränderungen seien zwingend erforderlich.

Oliver Herbst, Sprecher der SPD-Fraktion, sprach von einem Konsens, den es mit den Planungen gebe. Parkplätze im Ortskern würden erhalten, die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer verbessert.

Dr. Jonathan Ufer (Grüne) wählte das Wort vom Kompromiss für die Entscheidung. In Anbetracht der schwierigen Platzverhältnisse sei nicht alles perfekt, meinte er. Und: „Schade, dass sich die CDU verweigere.“ Er freue sich, dass die Straße vollständig barrierefrei umgebaut werde, sagte Jörg Laschet (FWG).

Kritische Töne schlug Hermann-Josef Wagner (CDU) an. Zu befürchten sei, dass die Händler aufgrund der fehlenden Parkmöglichkeiten Umsatzeinbußen erlitten.

<https://www.ksta.de/region/rhein-berg/bergisch-gladbach/bergisch-gladbach-strasse-in-schildgen-wird-umgebaut-1099794>